

Anfragen zum Plenum in der 5. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Abschiebungsgefangene sind gegenwärtig in Hof, wie hoch ist die durchschnittliche Belegungsquote seit Eröffnung der Einrichtung (bitte ausgewiesen pro Monat) und aus welchen Ländern stammen die abzuschiebenden Gefangenen (bitte Angaben in Summe seit Inbetriebnahme)?

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wurde bereits über die Vergabe einer „Plattform für verfahrensübergreifende Recherche und Analyse (VeRA)“ durch das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration entschieden (bitte Ergebnis des Verfahrens angeben), wurde die Entscheidung zwischenzeitlich vertagt (bitte Grund für die Vertagung angeben) und sind mehrere Anbieter in die engere Auswahl gekommen (bitte begründen, falls nur ein Anbieter in der engeren Auswahl war)?

Inge Aures
(SPD)

Nachdem Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Kerstin Schreyer, in einer Pressemitteilung vom 13. September 2021 angekündigte, bis Ende des Jahres 2021 einen landesweiten Fahrplan für die Dekarbonisierung des Schienenpersonennahverkehrs im Freistaat vorzulegen, frage ich die Staatsregierung, warum wurde bis zum Ende des Jahres 2021 noch kein solcher Fahrplan vorgelegt, was werden die konkreten Inhalte eines solchen Fahrplanes sein und wann ist mit der Veröffentlichung eines solchen Fahrplanes zu rechnen?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Aufträge hat die Boston Consulting Group von der Staatsregierung im Rahmen der Pandemie erhalten, was wurde konkret beauftragt und wie hoch sind die bisher entstandenen Kosten?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Antragsteller in Bayern sind vom abrupten Stopp der staatlichen KfW(= Kreditanstalt für Wiederaufbau)-Förderung für energieeffiziente Gebäude (Effizienzstandard 55, Effizienzstandard 40, Sanierungen) betroffen, wie hoch ist die gesamte Summe der gestoppten Förderung und welche Auswirkungen auf die bayerischen Antragsteller hat dieser abrupte Stopp dieser Förderung nach Kenntnis der Staatsregierung?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rückblickend auf die (geplanten) Anschläge im oberbayerischen Waldkraiburg im Jahr 2020, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr mittlerweile darüber vorliegen, wie und von wo der mittlerweile verurteilte [REDACTED] die Sprengsätze bzw. die zum Bau benötigten Materialien genau beschaffen konnte (bitte auch auf Finanzierung der Sprengsätze eingehen sowie auf die Quelle seines Wissens über Kauf und Bau von Sprengsätzen)?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem mit dem aktuellen Missbrauchsgutachten bereits das zweite Gutachten zu Fällen von sexualisierter Gewalt und sog. Missbrauch in der Erzdiözese München und Freising vorgelegt wurde und laut Presseberichten offenbar erst 2018 diesbezüglich staatsanwaltliche Ermittlungen aufgenommen wurden, frage ich die Staatsregierung, welche (Vor-)Ermittlungen wurden seit der Veröffentlichung des o. g. Gutachtens 2010 bis heute gegen mutmaßliche Täter und gegen Verantwortliche bzw. kirchliche Entscheidungsträger eingeleitet (bitte unter Nennung aller Details inklusive Inhalt, Datum und Verlauf des Verfahrens), welche (Vor-)Ermittlungen gegen hohe kirchliche Entscheidungsträger, insbesondere auch Friedrich Wetter, Papst Emeritus Benedikt XVI. bzw. Josef Ratzinger, Reinhard Kardinal Marx und Lorenz Wolf, wurden eingeleitet (bitte unter Nennung aller Details inklusive Inhalt, Datum und Verlauf des Verfahrens), und – nachdem meine letzte Anfrage nach diesem Sachverhalt unzureichend beantwortet wurde –, welche Staatsminister und Mitglieder der Staatsregierung wurden seit dem o. g. Gutachten von 2010 über die bekannten Missbrauchsfälle in der Erzdiözese oder das Verhalten der verantwortlichen kirchlichen Entscheidungsträger informiert (bitte unter Nennung aller Details wie Inhalt, Fall und Datum sowie Name des Mitglieds der Staatsregierung)?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche landesgesetzliche Ermächtigung sie plant, um § 1a Personenbeförderungsgesetz (PBefG), der allgemein die Berücksichtigung der Ziele des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit fordert, zu konkretisieren, welche landesgesetzliche Ermächtigung plant sie, um § 64b PBefG, der den Ländern erlaubt, den Betrieb des Verkehrs mit Taxen oder mit Mietwagen oder den Betrieb gebündelten Bedarfsverkehrs in Bezug auf Fahrzeugemissionen zu regeln, zu konkretisieren und wann ist mit den landesgesetzlichen Ermächtigungen zu rechnen?

Michael Busch
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem die Bevölkerung von Prosselsheim, Landkreis Würzburg, zunehmend Unverständnis über die fehlende Umsetzung der Ortsumgehung äußert (Mainpost vom 11.12.2021: „Wir wollen nicht länger vertröstet werden.“) und der von Staatssekretär Gerhard Eck 2012 angekündigte Baubeginn im Jahr 2015 (vgl. Mainpost vom 01.08.2012: „Mehr als eine Umgehungsstraße“) nun mittlerweile seit über sechs Jahren nicht vollzogen wurde, frage ich sie erneut, welcher Zeit- und Finanzierungsplan aktuell für die Ortsumgehung Prosselsheim vom Baurecht über den Baubeginn bis zur Fertigstellung besteht, welche konkreten Gründe zur weiteren zeitlichen Verzögerung der Realisierung gegenüber der Ankündigung von 2012 bzw. seit der Antwort vom 17.10.2019 (Drs. 18/4252) geführt haben und welche Beschleunigungsschritte die Staatsregierung nunmehr vor dem Hintergrund der massiven zeitlichen Verzögerung nunmehr konkret unternimmt?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen hat sie bereits ergriffen, um den in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder am 21.07.2021 angekündigten „Bayerischen Wassercent“ einzuführen, bezieht sich die Planung der Einführung eines Wassercents auf Trinkwasser und Grundwasser gleichermaßen und wie steht sie zur verpflichtenden Einführung von verplombten Wasseruhren, um gerade in besonders trockenen Gebieten Bayerns sicherzustellen, dass tatsächlich nur die genehmigte Wassermenge entnommen wird, um „fehlerhafte Aufzeichnungen von Wassermengen, (...) Defekte bei Drucksonden oder Mängel bei Datenloggern zur Aufzeichnung der Wasserstände“ zu vermeiden (vgl. Antwort auf Frage 5 der Schriftlichen Anfrage „Grundwasserentnahmen in der Region „Bergtheimer Mulde“, Drs. 18/6526, der Abgeordneten Paul Knoblach, Patrick Friedl und Kerstin Celina)?

Dr. Anne Cyron
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Hebammen und Entbindungspfleger sind in Bayern zum Stichtag 31.01.2022 tätig (bitte die Anzahl nach freiberuflicher Tätigkeit und Angestelltenverhältnis auflisten), wie viele Hebammen und Entbindungspfleger werden aufgrund dessen, dass sie nicht oder nicht ausreichend gegen Corona geimpft bzw. nicht genesen sind, ihren Beruf ab 15.03.2022 in Bayern nicht mehr ausüben können (bitte die Anzahl nach freiberuflicher Tätigkeit oder Angestelltenverhältnis auflisten) und wird es bei einem drohenden Notstand bei der Versorgung Ausnahmen geben, sodass im Bedarfsfall auch ungeimpfte oder nicht ausreichend geimpfte bzw. nicht genesene Hebammen und Entbindungshelfer die Versorgung von Schwangeren in Bayern gewährleisten können (bitte genau Versorgung von Schwangeren im Falle eines Notstands erläutern)?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Stephanie Schuhknecht, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 25.01.2022 und auf das KMS (Kultusministerielle Schreiben) Nummer II.6-BO4171.0/47 des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 27.08.2021 frage ich die Staatsregierung, wie lautet die Gesamtzahl der Räume (einschl. Lehrerzimmer, Räume für schulische Ganztagsangebote und Mittagsbetreuung, Differenzierungsräume und andere Räume, in denen sich Schülerinnen bzw. Schüler und/oder Lehrkräfte im Unterrichts- und Schulbetrieb regelmäßig über einen längeren Zeitraum aufhalten), die auf dem Bayerischen Schulportal (<https://portal.schulen.bayern.de>) gemeldet wurden, wie lautet (davon) die Gesamtzahl der Klassenräume (ohne Fachräume), die auf dem Schulportal gemeldet wurden und wie viele der Räume sind laut Schulportal mit mobilen Luftreinigungsgeräten ausgestattet (bitte alle Fragen nach Monaten beginnend mit September 2021 aufschlüsseln)?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass die Ausländerbehörden in Bayern vermehrt Grenzübertrittsbescheinigungen (bitte nennen Sie uns die Zahlen der gesamten Bescheinigungen aus dem Monat August 2021, November 2021, Januar 2022) ausstellen, mit dem Ziel, Geflüchtete zum jetzigen Zeitpunkt noch abschieben zu können oder ihnen mit der Abschiebung drohen zu können, warum gab es bisher keine Anweisung der Staatsregierung, dass die Praxis an den Willen des Bundes angepasst wird und auch die Geflüchteten in Bayern vom neuen Chancen-Aufenthaltsrecht oder anderen Bleiberechtsregelungen profitieren können und warum wurde den bayerischen Ausländerbehörden seitens des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration nicht nahegelegt, Abschiebungen des begünstigten Personenkreises im Hinblick auf das anstehende Gesetzgebungsverfahren auszusetzen wie es in Rheinland-Pfalz bereits der Fall ist?¹

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie zur Lage der bayerischen Festwirte (u. a. Insolvenzen in der Branche, Zahl der Betriebe mit Kurzarbeit, Unterstützung durch Überbrückungshilfe) hat, welchen Handlungsbedarf sie zur Unterstützung der bayerischen Festwirte aufgrund deren besonderer Situation zwischen Gastronomie und Schaustellern sowie Marktkaufleuten sieht und welche Ansatzpunkte sie sieht, die bayerischen Festwirte mit bayerischen Mitteln besser zu unterstützen (u. a. Zugang zum Unternehmerlohn der Härtefallhilfe auch für GmbHs mit Mitarbeitern bzw. größere Mitarbeiterzahl, weitere Hilfsprogramme auf Landesebene, Öffnungsstrategie)?

¹ [https://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2022/01/Hinweis Chancen-Aufenthaltsrecht.pdf](https://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2022/01/Hinweis_Chancen-Aufenthaltsrecht.pdf)

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Vor dem Hintergrund verschiedener Medienberichte, wonach eine Schutzimpfung gegen COVID-19 das Risiko eines schweren Verlaufs „bis zu 95 Prozent“ reduzieren soll und wohingegen das generelle Risiko, an COVID-19 zu versterben, aktuell bei etwa 0,15 Prozent liegen soll, frage ich die Staatsregierung, um welchen Faktor verringert die COVID-Schutzimpfung das Risiko schwerer Verläufe und worauf bezieht sich eine angegebene Impfwirksamkeit von etwa 95 Prozent und was bedeutet in diesem Zusammenhang absolute und relative Risikoreduktion?

Martina Fehlner
(SPD)

Da laut Beschluss des EU-Parlaments vom Mai 2017 die Lebensmittelverschwendung bis zum Jahr 2025 um 30 Prozent und bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent verringert werden soll, frage ich die Staatsregierung, wie sich die Zahl der entsorgten Lebensmittel in den letzten fünf Jahren in Bayern entwickelt hat (bitte aufgelistet nach Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten angeben), wie sich die Menge der entsorgten Lebensmittel prozentual in den letzten fünf Jahren zusammengesetzt hat (bitte aufgelistet nach den häufigsten Warengruppen wie Backwaren, Molkereiprodukte, Obst und Gemüse, Fleisch und Wurst, Süßigkeiten angeben) und wie sich die Mengen der entsorgten Lebensmittel über die Biogasanlagen entwickelt hat (bitte aufgelistet nach Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten angeben)?

Matthias Fischbach
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Auftragsvergabe für technische und fachliche Vergabeunterstützungsleistungen rund um die Bayern-Cloud Schule an die IABG Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH ohne Einholung weiterer Angebote und der zuvor unter deren Beteiligung durchgeführten, teils erfolglosen EU-weiten Ausschreibung im offenen Verfahren aus dem Sommer 2021 mit zwei Losen für allgemeine zukünftige Unterstützungsleistungen im übergreifenden Programm ByCS frage ich die Staatsregierung, wie die Ausschreibung aus dem Sommer 2021 unter Beteiligung der IABG Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH genau ablief (bitte um Übermittlung der Ausschreibungsunterlagen, der wesentlichen Informationen zum Ausschreibungsprozess sowie allen Informationen zum Mitwirken der IABG Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH sowie des damit verbundenen Beratervertrags – insbesondere dessen Vergabeprozess, Laufzeit und Leistungsumfang), welche Formen der vertraglichen oder sonstigen Kooperation jeweils im Einzelnen zwischen o. g. Unternehmen und ggfs. verbundenen Unternehmen und dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus in den vergangenen drei Jahren bestanden und was im Detail den Alleinstellungscharakter und die Wirtschaftlichkeit im Vergleich zur möglichen Konkurrenz ausmachten, die eine ausschließliche Aufforderung zur Angebotsabgabe an die IABG im Rahmen der „Interimsvergabe“ rechtfertigten (bitte insbesondere relevante Bestandteile des Angebotsportfolios der IABG darstellen, welche von keinem Konkurrenten in Bayern geboten werden könnten)?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen hat Bayern seit der Evaluation des Wissenschaftsrats zur Friedens- und Konfliktforschung im Jahr 2019 durchgeführt, welche finanziellen Mittel wurden und werden zur Verfügung gestellt und welche Maßnahmen sieht die Staatsregierung zukünftig vor, um der Empfehlung des Wissenschaftsrats zur Stärkung der naturwissenschaftlich-technischen Friedens- und Konfliktforschung nachzukommen?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts der öffentlich gewordenen Überlegungen des Freistaates die auslaufenden Erbpachtverträge am Oberen Burgweg in Würzburg nicht zu verlängern (so z. B. in der Mainpost vom 26. und 27. Januar 2022), frage ich die Staatsregierung, bis wann erhalten die Erbbauberichtigten im Oberen Burgweg in Würzburg (die demnächst auslaufende Erbpachtverträge mit dem Freistaat Bayern haben), die auf die Anfrage bzw. Angebot zur Verlängerung des Erbpachtvertrages „um 60 Jahre“ positiv geantwortet haben, ein verbindliches Verlängerungsangebot vom Freistaat Bayern, das den Vorgaben des Art. 81 der Bayerischen Verfassung genügt (falls das nicht mehr vorgesehen ist, bitte die Gründe angeben, insbesondere auch zu den Überlegungen Freistaates ein Verlängerungsinteresse abzufragen), wie bewertet die Staatsregierung die bereits über dreijährige Hängepartie für die noch Erbbauberechtigten angesichts des abgefragten Verlängerungswunsches, besonders im Hinblick auf dadurch geschaffene Vertrauensstatbestände, und für den Fall, dass keine Verlängerungsoptionen angeboten werden, wie sieht sich die Staatsregierung in sozialer Verantwortung und Verpflichtung den dort wohnenden Erbbauberechtigten Ersatz für den Wohnungsverlust anzubieten, bzw. sie wirksam bei der Wohnungssuche zu unterstützen?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, vor dem Hintergrund von Diskussionen zur Zusammenlegung der Dienstpläne der Notarzt-Standorte in Uffenheim und Bad Windsheim im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim, ab welchem Grad der Nichtbesetzung eines Notarzt-Standortes wird eine Zusammenlegung von Standorten in Betracht gezogen, wie ist dies mit dem Bayerischen Rettungsdienstgesetz sowie der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes vereinbar und welche Folgen der Zusammenlegung der Notarzt-Standorte in Uffenheim und Bad Windsheim sieht die Staatsregierung hinsichtlich der notärztlichen Versorgung im westlichen Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien wird über einen Antrag auf Tonnagebeschränkung bei Staatsstraßen entschieden (bitte auch mit Hinweis auf bereits bestehende Tonnagebeschränkungen in Bayern), wie sieht sie gewährleistet, dass die Genehmigungspraxis das Bedürfnis der Anwohnerinnen nach Sicherheit, Lärm- und Gesundheitsschutz ausreichend berücksichtigt und wie werden Verkehre zur Vermeidung von Autobahngebühren unterbunden?

Martin Hagen
(FDP)

Vor dem Hintergrund des aktuellen Missbrauchsgutachtens im Bereich der Erzdiözese München und Freising, welches die Rechtsanwaltskanzlei Westpfahl Spilker Wastl erstellt hat und der dort auf Seite 1158 wiedergegebenen Darstellung, „Dr. Wolf hat gegenüber den Gutachtern in der Zeitzeugenbefragung angegeben, Verdachtsfälle prinzipiell an die staatlichen Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet zu haben“, frage ich die Staatsregierung, welche durch Prälat Dr. Lorenz Wolf (un)mittelbar an die Staatsanwaltschaft weitergeleiteten Verdachtsfälle sie im Zeitraum der Antwortfrist benennen kann (bitte ggfs. im Einzelnen möglichst aussagekräftig – inklusive daraufhin erfolgter Ermittlungen und Rechtsfolgen – darstellen), welche weiteren Verfahren bzw. (Vor-)Ermittlungen in Folge des Gutachtens gegen mutmaßliche Täter oder sonstige Beteiligte der Missbrauchsfälle eingeleitet worden sind und welche neuen Erkenntnisse sich bezüglich der in Drs. 18/17271 dargestellten Ermittlungen seit Mai 2021 ergeben haben?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, im Hinblick darauf, dass die Kosten für die zu Wochenbeginn durchzuführenden „normalen“ Nasen/Rachen-Selbsttests an Förderschulen ersetzt werden, nicht aber für die Lolli-Tests, die für Kinder notwendig sind, die wegen ihrer geistigen Behinderung bzw. wegen Autismus und der damit verbundenen Abwehrreaktion nicht mit den Nasen/Rache-Selbsttests getestet werden können und im Hinblick darauf, dass ein Verzicht auf die Tests nach den Sonderregelungen für Förderschulen weder dem Gesundheitsschutz noch einem gemeinschaftlichen Ansatz der Schulen für alle Kinder entspricht, wie sie diesen Sachverhalt beurteilt, ob sie die aus diesem Grund veranlassen sog. Lolli-Tests künftig in ihrem Schutzkonzept für die (Förder-)Schulen als sinnvoll und notwendig anerkennt und ob der Freistaat sowohl künftig die Kosten für diese Lolli-Tests übernimmt, als auch rückwirkend den Eltern bzw. Elternbeiräten erstattet?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Schlussfolgerungen sie aus dem Passus des Ampel-Koalitionsvertrags auf Bundesebene („Wir stoppen den Einschlag in alten, naturnahen Buchenwäldern in öffentlichem Besitz.“, Seite 39) in Bezug auf die Zukunft des Steigerwalds zieht, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden müssten, sobald dieses Ziel Rechtssicherheit erlangt und welche Möglichkeiten die Staatsregierung angesichts dieses Passus noch sieht, ihre bisherige Position aufrecht zu erhalten?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen wurden am Gesundheitsamt Aichach-Friedberg versäumt zu ergreifen, um die Vorfälle rund um den Corona-Ausbruch im Friedberger Krankenhaus umfassend aufzuklären, wann soll der personelle Notstand am Gesundheitsamt Aichach-Friedberg mit Fachkräften behoben werden (bitte auch auf Art und Weise eingehen) und wie kann es sein, dass das Krankenhaus als betroffene Institution selbst zu nosokomialen Infektionen aufklären soll anstelle einer umfassenden Untersuchung von neutraler Stelle?

Elmar Hayn
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, über wie viele fertige Wohnungen verfügt die BayernHeim GmbH im Stadtgebiet München, wie viele weitere Wohnungen befinden sich aktuell noch in der Planungsphase und wie viele weitere Wohnungen befinden sich aktuell noch in der Bauphase (bitte unter Angabe der entsprechenden Projekte und geplanten Fertigstellungsterminen)?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft Ministerpräsident Dr. Markus Söder seit Beginn der Coronapandemie bayerische Kultureinrichtungen besucht hat (bitte unter Nennung der jeweiligen Kultureinrichtung, des genauen Datums und des Anlasses), mit welchen Personen der Kunst- und Kulturszene in Bayern er seitdem konkret im Gespräch stand (bitte unter Nennung der Einrichtungen, des genauen Datums sowie der Dauer des Gesprächs) und welche Erkenntnisse die Staatsregierung durch die Gespräche des Ministerpräsidenten mit den Kulturschaffenden dazu bewogen haben, die Maßnahmen für Kulturveranstaltungen in der Vergangenheit anders zu akzentuieren als bei anderen Veranstaltungsformaten (wie beispielsweise im Bereich des Profisports oder im Bereich der körpernahen Dienstleistungen).

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass von der Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode im Bund ein „Paradigmenwechsel“ in der Migrationspolitik angestrebt wird und diesbezüglich eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes erfolgen wird, die das Bleiberecht für gut integrierte Jugendliche (§25a Aufenthaltsgesetz – AufenthG) sowie für gut integrierte Geduldete (§25b AufenthG) erleichtern soll und im Rahmen eines sog. Chancen-Aufenthaltsrechts Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten sollen (vgl. Koalitionsvertrag 2021, Seite 138), frage ich die Staatsregierung, ob und mit welchem Inhalt die bayerischen Ausländerbehörden entsprechend anderen Bundesländern vom Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration angehalten wurden oder zeitnah angehalten werden, Fälle, die absehbar unter diese angekündigten Regelungen fallen, zurück zu priorisieren und mithilfe einer sog. Vorrangsregelung zu verhindern, dass es zu Abschiebungen von Betroffenen kommt, die voraussichtlich die Voraussetzungen der geplanten neuen Regelungen erfüllen?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie groß der Umfang der Ware ist, die laut Anlage 1 der Schriftlichen Anfrage „Maskendeals 3“ vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ausgegeben und zurückgerufen wurde (bitte für jeden der 118 Fälle von zurückgerufener Ware die entsprechenden Mengen nennen)?

Christian Klingen
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob nach Ihrer Kenntnis Impfstoffe herkömmlicher Art (z. B. Totimpfstoffe) durch Impfstoffe neuer Art (mRNA-Impfstoffe) ersetzt werden sollen, welche Vorteile diese Vorgehensweise hätte, würde das Ersetzen durch mRNA-Impfstoffe zu mehr Skepsis führen und eine Impfverweigerung für die üblichen Krankheiten (Mumps, Masern, Röteln, Hepatitis usw.) bestärken und in welchem Zeitraum (bitte Angabe des jeweiligen Jahres) ist ein Ersetzen der alten Impfstofftechnologie durch mRNA-Impfstoffe geplant?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind aktuell die Fleischhygienegebühren in Bayern (bitte aufschlüsseln nach erhebendes Veterinäramt, Schlachtzahl, Tierart), wann ist die Umsetzung der Vereinheitlichung der Gebühren in die Praxis gemäß Drs. 18/11800 zu erwarten und wodurch ergeben sich die teils hohen Gebührenunterschiede?

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Schlüsse sie aus der Evaluation der Bayerischen Bauordnung (BayBO)-Novelle (vgl. Drs. 18/16965) zieht, inwiefern sie vorhat, die Sonderregelung im Abstandsflächenrecht (vgl. Art. 6 Abs. 5a BayBO) nach der einhelligen Kritik der Teilnehmenden der Evaluation wieder abzuschaffen (bitte um Darlegung falls nicht, und Nennung der Gründe die der Staatsregierung zufolge für eine Aufrechterhaltung sprechen) und inwiefern sie nach wie vor der Überzeugung ist, dass die BayBO-Novelle dazu beiträgt, kostengünstiger zu bauen (bitte um Darlegung der exakten Artikel)?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Stand der Vorbereitung zur Inkludierung der in der Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde (AVPfleWoqG) verankerte Weiterbildungen in die Richtlinie zur Vergabe des Meisterbonus und des Meisterpreises der Staatsregierung, besonders mit Blick auf die Schaffung der notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen, wie viele Pflegekräfte mit den entsprechenden Weiterbildungen gibt es im Freistaat Bayern und in welcher Höhe plant die Staatsregierung Haushaltsmittel zur Würdigung dieser Weiterbildungen ein?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern die bayerischen Finanzämter das „NEUSTART KULTUR-Stipendium“ nach § 3 Nr. 44 EStG als von der Einkommenssteuer befreit behandeln, inwiefern Empfängerinnen bzw. Empfänger des Stipendiums sozialversicherungspflichtig sind und inwiefern die Förderung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Umsatzsteuergesetzes (UstG) umsatzsteuerpflichtig ist?“

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Anlässlich der im letzten Jahr gefällten Beschlüsse zum Ausbau des Erziehungsberatungsförderprogramms (120 zusätzliche Stellen) und der Stärkung der Jugendsozialarbeit an Schulen (210 zusätzliche Stellen bei einer Verdreifachung der staatlichen Förderung) frage ich die Staatsregierung, wie viele der zusätzlich geförderten Stellen bereits besetzt sind, welche Träger die zusätzlich geförderten Stellen wahrgenommen haben und wie sich die regionale Verteilung der staatlich geförderten Stellen (bitte aufgeschlüsselt nach den bereits vor den neuen Förderprogrammen besetzten Stellen, den mit den neuen Förderprogrammen ausgebauten Stellen sowie nach Landkreis und Regierungsbezirk) abbildet?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auswirkungen es auf Bayern hat, dass die CDC (Centers for Disease Control and Prevention) in den USA ihr „CDC 2019-Novel Coronavirus (2019-nCoV) Real-Time RT-PCR Diagnostic Panel“ zum Jahreswechsel zurückgerufen hat, wurde dieses Panel in bayerischen Laboren angewandt und welche Alternativen werden nun verwendet?

Christoph Maier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ärztinnen und Ärzte, Pfleger und Krankenschwestern standen dem Klinikverbund Allgäu jeweils in den Jahren 2012 bis 2022 zur Verfügung, welche Faktoren waren für etwaige Personalschwankungen maßgeblich verantwortlich und in wie vielen Fällen werden voraussichtlich Ärztinnen und Ärzten, Pflegern und Krankenschwestern des Klinikverbunds Allgäu mit der Einführung der sogenannten einrichtungsbezogenen Impfpflicht ein Tätigkeitsverbot ausgesprochen werden?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, seit dem 01.03.2020 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage zum Plenum, wie viele Unternehmen und Solo-Selbstständige in Bayern mussten (müssen) bereits geleistete Corona-Hilfen (jeglicher Form) zurückzahlen, wie viel Geld musste (muss noch) insgesamt zurückgezahlt werden und was sind nach Ansicht der Staatsregierung die wichtigsten Gründe für die Rückzahlungsforderungen der bereits geleisteten Corona-Hilfen?

Helmut Markwort
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 8. Oktober 2013, Az. I.4-5 K5027-5b.116 918, die zuletzt durch Bekanntmachung vom 16. Oktober 2018 (Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und für Wissenschaft und Kunst – KWMBL. Seite 391) geändert worden ist, welche den Vollzug der Leistungen für die Kirchen in Bayern beim Landesamt für Schule verortet, frage ich die Staatsregierung, welche Gründe für diese Zuteilung sprechen (bitte insbesondere auch die fachliche Verbindung der einzelnen Leistungen wie beispielsweise die Förderung von außerordentlichen Bedürfnissen der Kirchen zu Aufgaben rund um das Schulsystem eingehen), welche Personalressourcen werden für die Aufgaben im Rahmen des Vollzugs eingesetzt (bitte klar bezüglich der einzelnen Förderungen abgrenzen und neben den Vollzeitkapazitäten auch auf die jährlichen Kosten eingehen) und welche Anträge wurden mit Bezug auf die Förderung von außerordentlichen Bedürfnissen der Kirchen in den vergangenen beiden Jahren im Einzelnen bearbeitet (bitte einzelne Vorhaben und dazu beantragte, bewilligte und ausgezahlte Summen sowie die mittlere Bearbeitungsdauer darstellen)?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie es für zulässig hält, dass im Rahmen der Befragung zur Erstellung von Mietspiegeln Kriterien der Barrierefreiheit in Wohnungen als Ausstattungsmerkmal einfließen, die ausschließlich mit einem Nutzen für Menschen mit Mobilitätseinschränkung verbunden sind (beispielsweise das Vorhandensein einer bodengleichen/ebenerdigen Dusche), ist das mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) vereinbar und sieht sie hier gegebenenfalls Änderungsbedarf?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie plant den neuen Nuvaxovid-Impfstoff ab dem 21. Februar 2022 in Bayern zu verteilen, wie werden gezielt ungeimpfte Beschäftigte in Einrichtungen angesprochen, für die ab dem 15. März 2022 die einrichtungsbezogene Impfpflicht gilt und wie plant sie die Kommunikation über den Einsatz von Nuvaxovid?

Ruth Müller
(SPD)

Nachdem in Kanada und den USA wissenschaftlich fundierte Fragebögen, die dabei helfen sollen, Frauen besser vor Gewalt zu schützen, entwickelt wurden und ODARA (Ontario Domestic Assault Risk Assessment) als auch das Danger Assessment (DA) von Campbell in anderen Bundesländern zum Teil bereits eingesetzt bzw. erprobt werden, frage ich die Staatsregierung, ob es Überlegungen gibt, diese Tools in Bayern einzusetzen, um Femizide zu verhindern und Frauen besser zu schützen, falls ja, bis wann ist mit der Einführung einer Erprobungsphase zu rechnen und falls nein, welche Gründe gegen die Nutzung eines wissenschaftlich fundierten Tools sprechen?

Alexander Muthmann
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung wie sich die als „Spaziergänge“ deklarierten Versammlungen gegen die Coronamaßnahmen im Regierungsbezirk Niederbayern seit Aufkommen dieses Phänomens entwickelt haben (bitte unter Angabe der Zahl dieser Versammlungen je Woche gegliedert nach angemeldet/nicht angemeldet und unter Angabe der jeweiligen Orte und der geschätzten Teilnehmerzahl), wie viele Sicherheitsstörungen dabei jeweils erfasst wurden (bitte unter gesonderter und tatbestandsspezifischer Nennung von dem Verdacht von Straftaten) und in welchem Umfang diese Versammlungen Personalressourcen der Bayerischen Polizei im Regierungsbezirk Niederbayern seit Beginn dieser „Spaziergänge“ gebunden haben (bitte auch hier eine wöchentliche Angabe)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen bayerischen Hochschulen und Universitäten wurden die Freiversuchsregelungen für Prüfungen in Bachelor- und Masterstudiengängen aufgrund der erschwerten Studienbedingungen durch die Coronapandemie geändert, welche Änderungen der Freiversuchsregelungen wurden für die Staatsexamina durchgeführt und welche Vorgaben zu den Freiversuchsregelungen beinhaltet das aktuellste Schreiben des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst Bernd Sibler an die Hochschulleitungen?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Planungstand (insb. Zeit- und Projektplan) für das Projekt mit 350 geplanten Wohnungen der BayernHeim GmbH in Bayreuth (ehemalige Röhrenseekaserne/Ludwig-Thoma-Straße), kann der avisierte Baubeginn im Frühjahr 2022 eingehalten werden und wenn nein, warum nicht?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie gestalten sich derzeit die Überlegungen und Planungen für eine Fachakademie zur Erzieherausbildung im Landkreis Ebersberg (bitte mit Nennung von Planungsstand, mögliche Träger und Standorte, Finanzierung), welche Zeitschiene ist jeweils zur Umsetzung einer Fachakademie sowie der angekündigten Kinderpflegeschule in Grafing angedacht und mit wie vielen Ausbildungsplätzen an Fachakademie und Kinderpflegeschule rechnet die Staatsregierung?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Weichenstörungen es in den Jahren 2020 und 2021 im Netz der S-Bahn München gab (bitte Angabe nach aufgeschlüsselt Jahren und der Netzbezirke), welcher Betriebsausfall in Stunden war damit verbunden (bitte Angabe nach aufgeschlüsselt Jahren und der Netzbezirke), welche Weichen wurden in den Jahren 2020 und 2021 erneuert (bitte jeweils nach Jahren mit Angabe der Netzbezirke und Kosten)?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie aus den Rückmeldungen von Erziehungsberatungsstellen und Jugendämtern, koordinierenden Kinderschutzstellen der Jugendämter (Ko-Ki-Netzwerk frühe Kindheit) sowie der Bayerischen Kinderschutzambulanz u. ä. zu weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) in Bayern in den vergangenen drei Jahren gewonnen hat (bitte thematisch auflisten), inwiefern diese Erkenntnisse bereits in die bestehende Strategie der Staatsregierung zum Gewaltschutz und zur Gewaltprävention eingeflossen sind (bitte unter Nennung der einzelnen Maßnahmen) und wie der Stand zur Umsetzung der vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales geplanten Infrastruktur zur Prävention von weiblicher Genitalbeschneidung in Bayern zur Beratung, Vernetzung und Schulung, um Mädchen und Frauen in Bayern bedarfsorientiert und praxisnah zu schützen und Betroffenen professionell zu helfen (vgl. Drs. 18/12047, Antwort zu Frage 4.1 und 4.2), ist?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob im Rahmen der am 20.01.2022 im Objekt Königsmühle in Erlangen-Eltersdorf erfolgten Durchsuchung durch eingesetzte Kräfte gegenüber dort anwesenden Kindern Drohungen ausgesprochen wurden, um deren vollständige Namen zu bekommen (z. B. Drohung mit Überstellung an das Jugendamt), ob dort anwesenden Erziehungsberechtigten auf Nachfrage bewusst der Aufenthaltsort ihrer im Haus befindlichen Kindern vorenthalten wurde und aufgrund welcher Umstände und Erkenntnisse davon ausgegangen wurde, dass insbesondere bei einer der Beteiligten von Waffenbesitz auszugehen war und somit der massive Polizeieinsatz erforderlich war?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konsequenzen sie nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 20.01.2022 (Az. 1 Seite 3846/21) zieht, der den für den Studienbetrieb an Hochschulen in Baden-Württemberg angeordneten 2G-Zugang außer Vollzug gesetzt hat, ob aus ihrer Sicht auch die vergleichbare bayerische Regelung gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 der 15. Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV) entsprechend rechtswidrig ist (bitte begründen) und ob sie Änderungen bei diesem schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte der Studierenden beim Zugang zu den Hochschulen in Bayern plant.

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da Landtagspräsidentin Ilse Aigner mit Schreiben vom 24.01.2022 die Abgeordneten informierte, dass für Corona-Schnelltestungen im Landtag Antigentests eines anderen Anbieters beschafft wurden, die „nach einer Überprüfung durch das Paul-Ehrlich-Institut eine besonders hohe Sensitivität bei Omikron ausweisen“, frage ich die Staatsregierung, liegen der Staatsregierung ebenfalls Erkenntnisse über bei Omikron besonders sensitive Antigenschnelltests, die vom Paul-Ehrlich-Institut (PEI) überprüft wurden, vor (bitte die entsprechenden Tests mit Handelsnamen, Hersteller, Art des Abstrichs und Sensitivität bei Omikron auflisten), werden für die weitergehenden Schulen in Bayern, in denen dreimal pro Woche ein Antigenschnelltest durchgeführt wird, diese Erkenntnisse einbezogen und entsprechend den Überprüfungen vom PEI bei Omikron sehr sensitive Schnelltests beschafft und verwendet und da erste Ergebnisse von Überprüfungen der Antigenschnelltest darauf hinweisen, dass bei zusätzlichem Rachenabstrich genauere Ergebnisse erzielt werden, ist geplant, die aktuell an den weiterführenden Schulen verwendeten sog. Nasenpopeltests durch PCR-Pooltests oder zumindest durch sog. Lollitests zu ersetzen?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Handlungsbedarf sie in dem Sachverhalt sieht, dass Freiwillige Feuerwehren bayernweit durch die Umsetzung von Sekundäralarmierungen mithilfe einer Netzkoppelung des Digitalfunk BOS mit fremden Drittnetzen aufgrund fehlender Sicherheitskonzepte potenzielle Sicherheitslücken entstehen lassen, wie bei der als Übergangslösung zugelassenen Auswertung von Alarm-Info-SDS bzw. Callout-SDS über die PEI-Schnittstelle von TETRA-Endgeräten in Liegenschaften und Fahrzeugen der npol BOS die Weiterleitung in den öffentlichen Bereich sowie das Senden durch die an der Paul-Ehrlich-Institut (PEI)-Schnittstelle angeschlossene Anwendung ausgeschlossen wird und wie der Zeitplan aussieht, diese Übergangslösung in eine finale Lösung zu überführen?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche fachlichen und politischen Schlüsse zieht sie aus den aktuellen und in den nächsten zehn bis 15 Jahren voraussichtlich anstehenden besonderen Herausforderungen und fachlichen Entwicklungsnotwendigkeiten der Bodendenkmalpflege in Bayern, welche zusätzlichen finanziellen, personellen und rechtlichen Ressourcen wären fachlich sinnvoll, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden und was spricht aus Sicht der Staatsregierung nach wie vor gegen die Einführung eines sog. Schatzregals in Bayern, obwohl sich der Vorsitzende des Landesdenkmalrates 2021 für dessen Einführung ausgesprochen hat?

Anna Schwamberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob nach ihrer Kenntnis der Verein „Wissen schafft Freiheit“², der sich zum Ziel gesetzt hat, die Schul- und Lernbedingungen der Schülerinnen bzw. Schüler zu verbessern, aus dem Umfeld der Querdenken- Bewegung stammt, wenn ja, ob der Verein mit Konsequenzen hinsichtlich seiner Ausübung zu rechnen hat, und wie mit den von dem Verein angebotenen Lernmaterialien und Lehrerfortbildungen verfahren wird?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf wie viel Prozent der bayerischen Photovoltaik-Freiflächenanlagen ist eine Doppelnutzung aus Sonnenenergie und landwirtschaftlicher Nutzung möglich, welche Forschungsprojekte werden im Bereich der Agri-Photovoltaik (PV)-Anlagen im Freistaat Bayern betrieben, und können für landwirtschaftliche Flächen, auf denen Agri-PV-Anlagen errichtet sind, Direktzahlungen von der EU erhalten werden, wenn weiterhin eine landwirtschaftliche Nutzung, beispielsweise als Weide, vorhanden ist?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stück textilen Mund-Nasen-Schutz hat die Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung bei der Bavaria Werbe- und Wirtschaftsdienste GmbH beschafft, zu welchem Preis und wie bewertet die Staatsregierung vor dem Hintergrund des staatlichen Neutralitätsgebotes, dass staatliche Beschaffungen bei einer hundert Prozent Tochter der CSU, die die Website <https://www.csu-fanshop.de> betreibt, erfolgen?

² <https://www.wissenschaftsfreiheit.com/>

Christoph Skutella
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Untersuchungen der US-amerikanischen Umweltorganisation Clean Air Task Force (CATF) und der Deutschen Umwelthilfe (DUH) zu Methanlecks in Deutschland und deren Beschwerden und Auskunftersuchen an die entsprechenden Landesumweltämter frage ich die Staatsregierung, warum bisher noch keinerlei Untersuchungen zu Methanleckagen im bayerischen Erdgasnetz durchgeführt wurden, was gegen die zwei untersuchten Lecks in Rothenstadt und Waidhaus unternommen wurde und was sie angesichts der geplanten Klimaneutralität im Jahr 2040 gegen die Methan-Emissionen durch die ansässige Erdgasinfrastruktur unternimmt?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bezug auf das Abschiebegefängnis in Hof für 150 Inhaftierte, frage ich die Staatsregierung, wie viele Personalstellen (aufgeschlüsselt nach Funktion/Aufgaben) für die Einrichtung im Personalplan aktuell besetzt sind, wie viele Inhaftierte waren an jedem Tag seit meiner letzten Anfrage zum Plenum (Stand 29.11.2021) in der Haftanstalt untergebracht (Angaben pro Tag) und wie lange ist die Aufenthaltsdauer der Inhaftierten (keine Durchschnitts-, sondern absolute Angaben)?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Da der Vereinigung der Pflegenden in Bayern hoheitliche Aufgaben wie die Registrierung der Praxisanleiter, die Anerkennung von Weiterbildungsverbänden und die Durchführung einer Pflichtregistrierung für alle in Bayern tätigen Pflegefachpersonen übertragen wurden, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse zur Ausgestaltung und Durchführung der Pflichtregistrierung bis dato abgestimmt und beschlossen wurden und wann mit der Registrierung begonnen werden soll?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem auf der Pressekonferenz zu den Konsequenzen aus dem Missbrauchsgutachten für das Erzbistum München und Freising am 27.01.2022 Kardinal Marx erklärt hat, die Mitglieder der Aufklärungskommission für das Erzbistum seien zum größten Teil von der Staatsregierung benannt worden, frage ich sie, welche Mitglieder hat sie benannt, nach welchen Kriterien wurden sie ausgewählt und wann wurde der Landtag über die Benennung informiert?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was sie tut, um einen geringeren Verbrauch von Plastik im Freistaat zu erreichen, welche Initiativen zur Plastikreduktion gibt es in der öffentlichen Beschaffung und wie viele Ressourcen wurden bereits in Folge der Ressourceneffizienzstrategie eingespart?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulpsychologinnen bzw. Schulpsychologen sind mit wie vielen Anrechnungstunden im Schuljahr 2021/2022 eingesetzt und mit wie vielen Stunden standen sie im Schuljahr 2020 für die Krisenintervention (KIBBS) zur Verfügung?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird sichergestellt, dass dem Grundsatz „des Vorrangs der Vermeidung“ von Treibhausgas-Emissionen insbesondere in der Staatsverwaltung Sorge getragen wird, wie wird das kontrolliert, nachdem im Art. 4 des Entwurfs der Fortschreibung des bayerischen Klimaschutzgesetzes der Ausgleich der Treibhausgasemissionen (THG) beschrieben ist und wann wird der Entwurf des Klimaschutzgesetzes in den Landtag eingebracht?

Arif Taşdelen
(SPD)

Angesichts der aktuellen Diskussion über die Aussagekraft der vorliegenden Statistiken zu Hospitalisierungen im Zusammenhang mit COVID-19 (insbesondere mit Blick darauf, in welchen Fällen Corona Haupt- oder Nebendiagnose ist), frage ich die Staatsregierung, inwieweit stellen das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege bislang Daten mit einer entsprechenden Differenzierung der Gründe für den Krankenhausaufenthalt zur Verfügung, lagen bzw. liegen derlei Daten in Bezug auf die Delta-Variante vor und inwieweit ist es nach Einschätzung der Staatsregierung medizinisch möglich bzw. praktisch umsetzbar, eine valide Unterscheidung der Hospitalisierungsfälle in Bayern mit Corona als Haupt- oder Nebendiagnose vorzunehmen (bitte entsprechende Ansatzpunkte aus Sicht der Staatsregierung möglichst konkret benennen)?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass Staatsminister für Gesundheit und Pflege, Klaus Holetschek, eine Priorisierung der Auswertung der PCR-Tests angekündigt hat, da auf Grund der aktuell hohen Inzidenzen, bereits jetzt die vorhandenen Laborkapazitäten weit überschritten sind, frage ich die Staatsregierung, wird die Auswertung der Einzeltests (Rückstellproben) der an den Schulen durchgeführten PCR-Tests nun flächendeckend nicht mehr durchgeführt, wird die Einführung der PCR-Pooltests in der 5. und 6. Klasse im März mit beiden Proben (Pool und Rückstellproben) durchgeführt werden oder bestehen jetzt schon Planungen, die Einführung von Klasse 5 und 6 nur mit den Pooltestungen, ohne Rückstellproben durchzuführen?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Sachbearbeiterinnen bzw. Sachbearbeiter für Qualitätssicherung und phytosanitäre Kontrollen sind 2022 an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit befristeten Arbeitsverträgen beschäftigt, wie hoch sind die geplanten Personalausgaben hierfür für 2022 (Grundlage Entwurf Haushalt 2022, bitte Kapitel und Titel mitangeben) und ist mittelfristig eine Umwandlung in unbefristete Arbeitnehmer- oder Beamtenstellen geplant?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, sind sich Bayerns Staatsminister für Unterricht und Kultus sowie für Gesundheit und Pflege darüber im Klaren, welche Verwirrung und Verärgerung sie bei Schulkindern, Eltern und Lehrkräften mit einander widersprechenden Vorgaben zu Quarantäneregeln (ob Gesundheitsämter oder Schulleitungen die verantwortliche Entscheidungen zu treffen haben) angerichtet haben, soll Eltern, Schülern, Lehrkräften und Schulleitungen weiterhin unklar bleiben, ob die Staatsregierung bei stark steigenden Ansteckungsrisiken und stetig sinkenden Ressourcen der Gesundheitsämter bei Fallbearbeitung und Kontaktnachverfolgung eine Durchseuchung der Schulen tatsächlich in Kauf nimmt, und droht Eltern, die infolge dieser widersprüchlichen Kommunikation und aus Sorge um die Gesundheit die Kinder nicht in die Schule schicken wollen, ein Bußgeld?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr über den Zustand der denkmalgeschützten Gebäude (Schmiede, Maschinenhaus, Garage), insbesondere der Dächer, im KZ-Steinbruch „Wurmstein“ in Flossenbürg eine Einschätzung des Landesamt für Denkmalpflege (BLfD) vorliegt, wenn nein, warum nicht und wie plant sie diese Denkmale nachhaltig vor dem Verfall zu schützen?

Margit Wild
(SPD)

Im Nachgang zur Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Florian von Brunn vom 24.01.2022 (Drs. 18/19911) frage ich die Staatsregierung, waren die 42 genannten Fälle sowie die auf Seite 40 f. des aktuellen Gutachtens genannten 18 Fälle, bei denen die Tatverdächtigen inzwischen verstorben sind, und die 63 Fälle, bei denen Verjährung eingetreten ist, jeweils bereits früher Gegenstand von (Vor-) Ermittlungen bzw. den Staatsanwaltschaften bekannt, richten sich aktuell (Vor-)Ermittlungen gegen Kardinal Marx und / oder Papst Emeritus Benedikt XVI. und teilt die Staatsregierung die Einschätzung des Passauer Strafrechtsprofessors und CSU-Kreisvorsitzenden Holm Putzke, dass „bei den Staatsanwaltschaften so etwas wie eine Beißhemmung vorhanden ist, was die katholische Kirche und den Umgang mit Missbrauchsfällen angeht“ (BR24 vom 25.01.2022)?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wer die Weisung erteilte, dass Personen mit unbekanntem Corona-Impfstatus zur Gruppe der nachweislich nicht geimpften Personen durch das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hinzugerechnet wurden, ab welchem genauen Zeitpunkt war diese Vorgehensweise dem Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek bzw. dem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder bekannt und hat bzw. hatte diese Täuschung der Öffentlichkeit personelle Konsequenzen innerhalb der Staatsregierung bzw. der oberen Verwaltungsebenen des Freistaats Bayern?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem eine Studie im Auftrag des Verkehrsverbunds Großraum Nürnberg (VGN) zur Einführung eines 365-Euro-Tickets für alle die Diskussionen über eine gerechte Finanzierung des Öffentlichen Personalmahverkehrs (ÖPNV) in der Metropolregion befeuert, frage ich die Staatsregierung, welche Schlüsse sie aus den Erkenntnissen der Studie bezüglich der im Koalitionsvertrag vereinbarten Einführung von 365-Euro-Tickets zieht, welchen Anteil der Kosten der Einführung von 365-Euro-Tickets für Alle in Ballungsräumen, speziell im Bereich Nürnberg/Fürth/Erlangen, welchen Anteil aus ihrer Sicht der Freistaat übernehmen müsste (bitte auch auf Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV im VGN eingehen, wie mehr Schienenregionalverkehr, mehr Mittel für die Kommunen, Anreize für Beschäftigte, insbesondere die des Freistaates selbst, den ÖPNV zu nutzen, die Staatsregierung bis 2023 auf den Weg bringt)?